

II-2223 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

Zl. 40.271/1-28/1973

1010 Wien, den 7. März 1973

Stubenring 1
Telephon 57 56 551035 /A.B.
zu 1113 /J.
Präs. am 9. März 1973

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat Staudinger, Dr. Gruber,
Schlager und Genossen, betreffend Kriegs-
gefangenen-Entschädigungsgesetz, vom
15. Feber 1973, Nr. 1113/J.

Diese Anfrage erlaube ich mir wie folgt zu beantworten:

Der Heimkehrerverband Österreichs hat, wie aus der
Anfrage selbst zu ersehen ist, mit Schreiben vom 5. Okto-
ber 1972 dem Herrn Bundesminister für Finanzen den Entwurf
eines Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetzes zugeleitet.
Dem Bundesministerium für soziale Verwaltung ist der Ent-
wurf nicht zugekommen.

Zum Problemkreis ist grundsätzlich festzustellen, daß
das Bundesministerium für soziale Verwaltung für legislative
Maßnahmen auf dem Gebiet der Heimkehrerhilfe nicht in erster
Linie zuständig ist, weil diese zum Komplex der Entschädi-
gungsfragen gehört, für deren Behandlung beim Bundesmini-
sterium für Finanzen ein parlamentarischer Beirat errichtet
worden ist.

Das vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete
Bundesgesetz vom 25. Juni 1958, BGBl. Nr. 128, über finan-
zielle Hilfeleistungen an Spätheimkehrer wurde nur insoweit
der Zuständigkeit des Bundesministeriums für soziale Ver-
waltung zugewiesen, als die Landesinvalidenämter mit seiner
Vollziehung betraut wurden.

Bei dieser Sach- und Rechtslage ist es mir leider
nicht möglich, auf die einzelnen Punkte der Anfrage näher
einzugehen.

Der Bundesminister:

